Niedersachsen lehnt Ditib-Seelsorger in Gefängnissen weiter ab

12. Februar 2019



Hannover (KNA) Niedersachsens Justizministerin Barbara Havliza (CDU) hat ihre Entscheidung bekräftigt, keine Imame des türkischen Moscheeverbandes Ditib mehr als Seelsorger in niedersächsischen Gefängnissen zuzulassen. Diese Imame würden „von der türkischen Regierung bezahlt und haben eine Berichtspflicht in die Türkei“, sagte Havliza der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ (Montag). Das bedeute, dass die Imame berichten könnten, was sie in den Gefängnissen mitbekämen, woraus sich wiederum eine Gefährdung etwa für kurdische Gefangene oder mögliche Anhänger des Predigers Fethullah Gülen ergeben könnten.

Der Ditib als Verband gelinge es nicht, sich von staatlichen Einflüssen aus der Türkei zu lösen und allein hier in Deutschland verortet zu sein, sagte Havliza weiter. Sie betonte: „Aus diesem Grund wollen wir in dieser angespannten Lage keine türkischen Beamten in unsere Haftanstalten lassen. Unsere Gefängnisse, unsere Beamten, unsere Verantwortung.“

Ende Januar hat das niedersächsische Justizministerium mitgeteilt, die Zusammenarbeit mit aus der Türkei entsandten Imamen bei der Gefängnisseelsorge beenden zu wollen. Das betreffe alle von der türkischen Religionsbehörde Diyanet beschäftigten und bezahlten islamischen Geistlichen. Nicht betroffen sind laut Ministerium weitere in der Gefängnisseelsorge engagierte Muslime. Auch der Landesverband Schura sei von der Kündigung ausgenommen, hieß es.

(KNA - tkmlk-89-00046)

Stand: 16. November 2026